

Miete? Viel zu hoch!

Ständig steigen die Mieten. Die Anzahl der Sozialwohnungen sinkt. Was fehlt ist bezahlbarer Wohnraum. Das fordert DIE LINKE. **S.3**

Radwege? Och Nö!

Fahrradfahren ist immer noch eine Katastrophe in Düsseldorf. Trotz vollmundiger Ankündigungen geht es beim Ausbau der Fahrradwege nicht voran. **S.5**

Zahngesundheit? Egal!

Beim Gesundheitsamt werden Zahnärzte eingespart. Deshalb werden immer weniger SchülerInnen untersucht. Ein Skandal findet DIE LINKE. **S.5**

Waffen? Nein Danke!

Die Düsseldorfer Rüstungsschmiede Rheinmetall will in der Türkei eine Panzerfabrik bauen. DIE LINKE verurteilt das. **S.7**

10 Jahre R(h)einblick



Foto: © Can Stock Photo/stokkete Montage:R(h)einblick

Eine kritische Stimme in Düsseldorf

Seit 10 Jahren erscheint der R(h)einblick

Der R(h)einblick steht für Gegenöffentlichkeit. Mit diesem Credo ist er als Zeitung der damaligen Ratsgruppe „DIE LINKE Linke Liste Düsseldorf“ im Februar 2008 das erste Mal erschienen. Kurze Zeit später wurde aus der Ratsgruppe eine Ratsfraktion. Die Notwendigkeit, über die Arbeit der Fraktion zu berichten, wird immer größer, denn die Medien berücksichtigen DIE LINKE in ihrer Berichterstattung nur unzureichend.

Die vorliegende Ausgabe hat die Nummer 27, der Rheinblick erscheint dreimal im Jahr. Die Auflage hat sich innerhalb von 10 Jahren von 12.000 Exemplaren auf 30.000 gesteigert. Aus besonderen Anlässen wurden auch schon Auflagen von 40.000 und 50.000 Exemplaren gedruckt.

An dieser Stelle bedanken wir uns bei den Mitgliedern des Kreisverbandes der LINKEN Düsseldorf, die ehrenamtlich dafür sorgen, dass die Zeitung in ebenso vielen Briefkästen landet.

Seit Mai 2012 wird zusammen mit der Fraktionszeitung auch die Zeitung des Kreisverbandes DIE LINKE Düsseldorf unter dem gleichen Titel gedruckt und verteilt.

„Wir müssen seit Jahren erleben, wie

immer mehr Tafelsilber verkauft, Personal abgebaut und eine soziale Stadtentwicklung zugunsten von Konzernen aufgegeben wird.“ So stand es 2008 im Rheinblick. Eine Aussage, die angesichts des Ausverkaufs von städtischen Grundstücken, des Abbaus von Personal der Stadt mit dem Programm „Verwaltung 2020“ und der gerade aktuell diskutierten endgültigen Privatisierung der Sana-Kliniken - leider - immer noch Bestand hat.

Sana war auch vor zehn Jahren schon Thema im Rheinblick, weil 51 % der Anteile an den bis dahin städtischen Kliniken verkauft worden waren – jetzt sollen auch die restlichen 49 % verkauft werden. Wie heute haben damals die Beschäftigten an den Düsseldorfer Uniklinken gestreikt. Wir haben darüber berichtet.

Die Kosten der Wehrhahnlinie hatten sich damals von 434 Millionen Euro auf 549 Millionen erhöht. Angesichts der endgültigen Kosten von fast 900 Millionen Euro fast eine Lappalie. Die Errichtung eines Kohlekraftwerkes auf der Lausward, die wir damals thematisierten, konnte mit viel Engagement der Bevölkerung erfolgreich verhindert werden.

Auch die LEG, die Entwicklungsgesellschaft des Landes NRW, deren Verkauf

damals anstand, ist heute wieder in den Schlagzeilen. Heute ist das eingetreten, wovor wir gewarnt hatten. Mieterinnen und Mieter werden aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen und steigender Mieten aus ihren Wohnungen vertrieben.

Die Nummer 1 des Rheinblicks ist in vielen Bereichen heute noch aktuell. Die Ratsfraktion DIE LINKE hat zwar in den vergangenen Jahren mit einigen Themen Diskussionen angeschoben und Veränderungen erreicht, aber viele Themen begleiten uns immer noch.

Wenn Sie Interesse an der Entwicklung des R(h)einblicks haben, können Sie alle Ausgaben unter www.linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick aufrufen und nachlesen. Auf unserer Internetseite www.linksfraktion-duesseldorf.de finden Sie sämtliche unserer Anträge und Anfragen, die wir im Rat und in den Fachausschüssen eingebracht haben, auch solche, die keinen Eingang in unsere Zeitung gefunden haben. Und unter facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf informieren wir Sie zu aktuellen Ereignissen.

Wir feiern jetzt unser 10-Jähriges und werden Sie auch in Zukunft über unsere Arbeit im Rat der Stadt Düsseldorf informieren.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im Dezember wurde der städtische Haushalt für das Jahr 2018 verabschiedet. Danach soll er ein kleines Plus von einer Million Euro erwirtschaften. Zustande kommt dies durch eine optimistische Prognose der Gewerbesteuerzahlungen und durch viele kleine Kürzungen im sozialen Bereich und beim Personal der Stadt.

DIE LINKE hat ein grundsätzlich anderes Verständnis einer nachhaltigen Haushaltspolitik. So haben wir eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 % gefordert und die Aufgabe von unnötigen Prestigeobjekten wie der geplanten U81. Allein diese Punkte würden der Stadt zusätzliche Einnahmen von über 90 Millionen Euro bringen. Damit würden Kürzungen überflüssig.

Wir fordern kommunalen Wohnungsbau, mehr Mittel für die armutsgefährdeten 20 % der Bevölkerung, effektive Maßnahmen im Umweltbereich, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Radwege sowie die Besetzung der 1.000 offenen Stellen beim Personal der Stadt.

Leider sind wir die einzigen im städtischen Rat, die diese Forderungen erheben und so sind alle unsere Anträge an der Mehrheit der Ampel-Kooperation gescheitert. Wir werden aber weiterhin für diese Ziele kämpfen und uns dafür auch im neuen Jahr einsetzen und hier darüber berichten.

Ihnen allen wünschen wir ein friedliches, gesundes und erfolgreiches Jahr
Ihre R(h)einblick-Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 89-95123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

Wohnungslose im Visier

Der Düsseldorfer Ordnungs- und Servicedienst (OSD) verhängte ein Knöllchen von 35,- Euro gegen einen 86-jährigen an Demenz erkrankten Rentner, weil dieser sich acht Minuten lang an einer Haltestelle ausgeruht hatte. Nachdem die Presse berichtete, dass der Mann kein Wohnungsloser war, entschuldigte die Stadt sich und stellte das Verfahren ein. Die Vorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE, Angelika Kraft-Dlangamandla, sagt dazu: „In Düsseldorf sind anscheinend nicht alle Menschen vor dem Gesetz gleich. Einzig die Tatsache, dass es sich bei dem Rentner nicht um einen Wohnungslosen gehandelt hat, hat zu einer Entschuldigung statt zu einer Strafe geführt. 35,- Euro für einen achtmütigen Aufenthalt an einer Haltestelle sind ein Skandal, egal ob die betroffene Person einen festen Wohnsitz hat oder nicht.“ Die Formulierungen in der Düsseldorfer Straßenordnung sind darauf angelegt, dass der OSD gegen Wohnungslose und andere unliebsame Menschen vorgeht. Der OSD kann so willkürlich Verwarngelder erheben oder Bußgeldverfahren einleiten. DIE LINKE beantragte daher im Düsseldorfer Stadtrat, die restriktiven Paragraphen in der Straßenordnung zu streichen.

Kürzungen bei der Grünpflege

Durch den Klimawandel sind auch die Lebensbedingungen in der Stadt betroffen. Deshalb ist es besonders in Großstädten wie Düsseldorf wichtig, Grünflächen als Gegengewicht zu bebauten Flächen zu erhalten. Die Pflege und Unterhaltung des öffentlichen Grüns in der Stadt kommt allen Einwohnerinnen und Einwohnern zu Gute. Das öffentliche Grün dient zur Erholung und Entspannung, steigert den Freizeitwert und verbessert die Lebensqualität im gesamten Stadtgebiet. Kürzungen in diesem Bereich, wie sie für 2018 beschlossen wurden, vermindern all das. Weitere Kürzungen betreffen beispielsweise die Schutzbekleidung der Beschäftigten im Gartenamt. Dadurch verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und führen zu einem mangelhaften Schutz während der Arbeit. Die Fraktion DIE LINKE hat diese Kürzungen als einzige Fraktion abgelehnt.

Städtischer Haushalt 2018

EinwohnerInnen werden geschöpft und hohe Profite geschont

Am 14. Dezember beschloss der Rat der Stadt Düsseldorf den Haushalt für das Jahr 2018. Zu Beginn der Beratungen fehlten im Haushalt ca. 90 Mio. Euro. Die Ratsmehrheit, bestehend aus SPD/FDP/Grüne (Ampel) bog den Haushalt so zurecht, dass der Anschein eines ausgeglichenen Haushalts gewahrt wurde.

So beschloss der Rat bereits vor den Beratungen zum Haushalt Gebührenänderungen. Höhere Gebühren, wie z.B. für die Straßenreinigung wurden ohne die Stimmen der LINKEN beschlossen.

Wer bezahlt diese Gebühren? Die Einwohnerinnen und Einwohner, zum Teil über die Mietnebenkosten. Das heißt, Wohnen wird immer teurer.

Anfang 2017 hat der Rat eine Kommission gebildet, die weitere Sparmaßnahmen beraten soll. Diese Kommission tagt geheim und besteht aus CDU/SPD/Grünen und FDP. DIE LINKE ist ausgeschlossen. Der Antrag der LINKEN, die Protokolle dieser Beratungen allen

Ratsmitglieder auszuhändigen, lehnten die Ratsmitglieder mehrheitlich ab. So kann man die eigenen Kontrollrechte selbst zerstören.

Dass diese Fraktionen DIE LINKE nicht dabei haben wollen, ist klar. Denn wir haben ganz andere Vorstellungen von nachhaltiger Haushaltspolitik. Eine wichtige Forderung ist die Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 %. Die Düsseldorfer Konzerne und Unternehmen erzielen jährlich mehr als sechs Milliarden Euro Profite. Die geforderte Erhöhung würde ein Unternehmen je 10.000 Euro Gewinn nur mit 154 Euro jährlich zusätzlich belasten, jährlich allerdings ca. 90 Mio. Euro zusätzlich in die Stadtkasse bringen, wie die Verwaltung selbst ausgerechnet hat. Die Ratsmehrheit lehnte ab.

Auch abgelehnt wurde die Möglichkeit, kommunale BetriebsprüferInnen einzustellen. Unter anderen hat Köln die Erfahrung gemacht, dass jede kommunale PrüferIn ca. eine Mio. Euro zusätz-

lich in die Stadtkasse spült. Bis vor zwei Jahren war unsere jetzige Stadtkämmerrin als Leiterin der Kämmerei in Köln tätig. Offensichtlich ist der politische Druck zu stark, die eigenen guten Erfahrungen jetzt in Düsseldorf umzusetzen.

Eine wichtige Forderung der LINKEN war, sich endlich von Prestigeobjekten zu verabschieden. Kö-Bogen und Wehrhahnlinie haben über 600 Mio. Rücklagen aufgezehrt und in gleicher Höhe zur Verschuldung der Stadt geführt. Die Kosten der Wehrhahnlinie haben sich von der ersten Planung bis zur Fertigstellung auf ca. 900 Mio. Euro verdreifacht. Das gleiche wird auch mit der U81 passieren. Unser Antrag, die Stadt vor diesem Wahnsinnsprojekt zu schützen, wurde ebenfalls abgelehnt.

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf wird sich auch in Zukunft für eine städtische Finanzpolitik einsetzen, die diejenigen schützt, die hier in Armut leben, und die diejenigen belastet, die hier die großen Gewinne einfahren.

Straßennamen und ihre Bedeutung

Diesmal die Plüschowstraße

Der R(h)einblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial-, Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Gleichzeitig fordert die Ratsfraktion DIE LINKE, dass durch Umbenennung von Straßen WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus geehrt werden.

Die Plüschowstraße in Stockum

Gunther Plüschow war ein Offizier der kaiserlichen Marine, der sich zum Piloten ausbilden ließ. Verherrlicht wird er vor allem wegen seiner Aktivitäten während der Belagerung der deutschen Kolonie in China durch britische und japanische Truppen bei Ausbruch des ersten Weltkrieges 1914.

Im Zuge der Industrialisierung und des Erstarken des Nationalismus in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts drang das Militär, aber auch die Wirtschaft, auf die Eroberung von Kolonien. Einerseits sollten neue Absatzmärkte erschlossen werden, andererseits die benötigten Rohstoffe möglichst billig durch Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft der Einheimischen gesichert werden. Abgesichert werden sollten die Handelswege über weltweit stationierte Militärstützpunkte. Neben Afrika war vor allem Asien für das Kaiserreich interessant. In der Öffentlichkeit wenig bekannt ist,



Koloniale Kriegsrethorik

Foto: (CC-0) wikipedia

dass das Kaiserreich auch einen Militärstützpunkt in China hatte. Die Bucht von Kiautschou mit der Stadt Tsingtau wurde 1897 besetzt. Durch militärische Drohung und wirtschaftlichen Zwang wurde China genötigt, einem Pachtvertrag über 99 Jahre zuzustimmen.

Schon wenige Wochen nach Beginn des ersten Weltkrieges begann der Angriff von alliierten Truppen von See und von Land her auf die deutsche Kolonie. Durch die Aufklärungsflüge von Gunther Plüschow konnte die Verteidigung von Tsingtau kurzzeitig aufrecht erhalten werden. Doch schon wenige Tage spä-

ter ging der deutschen Armee die Munition aus und sie musste kapitulieren. Wie viele Menschen durch die sinnlosen Kämpfe umkamen, ist unbekannt.

Plüschow entkam mit seinem Flugzeug und gelang über eine abenteuerliche Reise letztendlich nach Deutschland. Diese Flucht und seine späteren Flugreisen machten ihn berühmt, so dass schon 1932, kurz nach seinem Tod, eine Straße in Düsseldorf nach ihm benannt wurde. Vergessen wird in den Erzählungen über Plüschow allerdings seine maßgebliche Rolle in der verbrecherischen Kolonialpolitik Deutschlands.

Wohnen in Düsseldorf

Für wen noch erschwinglich?

Rund die Hälfte der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer haben aufgrund der Höhe ihres Einkommens das Recht, eine Sozialwohnung zu beziehen. Das betrifft nicht nur Menschen mit geringem Einkommen, sondern zunehmend auch Einwohnerinnen und Einwohner, die zur sogenannten Mittelschicht gehören.

Um eine Sozialwohnungen mieten zu können, braucht man einen Wohnberechtigungsschein (WBS), den das Wohnungsamt ausstellt. Bei einem WBS gemäß Förderweg A liegt die Einkommensgrenze bei einem 2-Personenhaushalt bei 40.712 Euro brutto im Jahr; bei einem 4-Personenhaushalt bei 52.106 Euro (nachzulesen auf der Internet-Seite der Stadt). Hier darf die maximale Netto-Kaltmiete 6,25 Euro/m² betragen.

Es gibt auch einen Förderweg B. Den können Menschen in Anspruch nehmen, deren Einkommen über den genannten Grenzen liegen und zwar bis zu 40 %. Für einen 2-Personenhaushalt bedeutet das ein maximales Brutto-Jahreseinkommen von 57.000 Euro; bei einem 4-Personen-Haushalt sind das 72.950 Euro. Die Miete darf bei diesem Förderweg maximal 7,15 Euro/m² betragen.

Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass aus Sicht des Staates Menschen, die unterhalb der oben genannten Einkom-

mensgrenzen liegen, keine höhere Miete zugemutet werden kann. Erwähnen muss man, dass in Düsseldorf, wie in anderen Ballungsgebieten, die Mietgrenzen um jeweils einen Euro höher liegen als in kleineren Kommunen. Nicht, weil die Menschen in Düsseldorf mehr verdienen, sondern um Investoren Anreize zu geben (sprich daran zu verdienen), auch geförderten Wohnungsbau zu betreiben.

Zurzeit gibt es in Düsseldorf rund 330.000 Wohnungen. Sozialwohnungen gibt es in Düsseldorf aber aktuell nur 15.878, wie die Verwaltung auf eine An-

frage von der LINKEN geantwortet hat. Die Tendenz ist abnehmend; vor zehn Jahren waren es noch 26.302. Dem Anspruch von 50 % der EinwohnerInnen steht also nur ein Anteil von nicht einmal 5 % gegenüber.

DIE LINKE thematisiert in Anfragen und Anträgen im Fachausschuss immer wieder dieses Missverhältnis. Unserer Meinung nach besteht die einzige Lösung darin, dass die Stadt mit ihrer Wohnungsgesellschaft SWD verstärkt kommunalen Wohnungsbau betreibt, um die Bevölkerung mit preiswerten Wohnungen zu versorgen.



Luxuswohnen in der Altstadt statt preiswerte Wohnungen

Foto: © R(h)einblick

Zweckentfremdungssatzung kommt

Hartnäckigkeit der LINKEN zahlt sich aus

Bereits im Herbst 2015 forderte DIE LINKE, dass die städtische Verwaltung eine Satzung gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum erarbeiten soll. Dies lehnte der Rat ab. Im vergangenen September brachten wir dann einen eigenen Entwurf einer solchen Satzung in den Wohnungsausschuss. Die Ampelkoalition beantragte daraufhin, dass die Verwaltung einen Entwurf erarbeiten sollte. Dem stimmte DIE LINKE zu, um endlich diese dringende Angelegenheit vorwärts zu bringen.

Was kann mit einer Zweckentfrem-

dungssatzung erreicht werden? Der Wohnraum in Düsseldorf wird vor allem durch zwei Handlungen zweckentfremdet. Zum einen wird immer mehr Wohnraum in hotelähnliche Unterkünfte umgewandelt. Das bedeutet, Wohnungen werden dem Wohnungsmarkt entzogen und gewerblich genutzt. Zum anderen wird in Düsseldorf immer mehr mit Grundstücken und Wohnraum spekuliert. Bisher bezahlbare Wohnungen werden von Immobilienkonzernen modernisiert und die Kosten komplett auf die MieterInnen abgewälzt. So entste-

hen Mietsteigerungen von bis zu 70 %, die von vielen nicht mehr bezahlt werden können. Es folgen Kündigungen, die Wohnungen werden entmietet und zu höheren Mieten angeboten. Selbst in Düsseldorf ist es schwierig, diese Wohnungen dann weiter zu vermieten.

Ein Beispiel ist das Wohngebiet Hasels-Nord. Vor einigen Monaten kaufte die LEG diese 1.500 Wohnungen auf. Eine ihrer ersten Handlungen war die fristlose Kündigung von 80 MieterInnen. Gleichzeitig stehen inzwischen 240 Wohnungen leer. Dies ist bezeichnend für die Situation auf dem Düsseldorfer Wohnungsmarkt.

Gegen diese Formen der Zweckentfremdung von Wohnraum kann die Stadt mit einer Zweckentfremdungssatzung vorgehen. Bei einem Leerstand von mehr als drei Monaten würden dann beispielsweise Sanktionen fällig. Nach Meinung der LINKEN müssten die Sanktionen so hoch sein, dass sich die Spekulation nicht mehr lohnt. Es muss lukrativer werden, die Wohnungen bezahlbar zu vermieten, als sie leer stehen zu lassen. Dies ist im Interesse der vielen DüsseldorferInnen, die dringend eine bezahlbare Wohnung suchen.

Mehr Anerkennung für alternative Kultur

Die kleinen Düsseldorfer (Off)Kulturvereine bieten ein vielfältiges kulturelles Angebot von Ausstellungen, Lesungen, Konzerten, Vorträgen und Bildungsprojekten. Durch diese Kulturvereine werden Stadtteile immens aufgewertet und die Lebensqualität vor Ort erhöht. Abseits des Mainstreams und der Hochkultur sorgen sie dafür, dass es eine kreative künstlerische Szene gibt. Diese alternative Kultur wird von der Stadt allerdings weitestgehend ignoriert, Förderung in Form von finanzieller Unterstützung gibt es so gut wie keine. Schlimmer noch: Im vergangenen Jahr wurde die wenige Unterstützung sogar noch weiter gekürzt. DIE LINKE lehnt Kürzungen in diesem Bereich ab und fordert eine Erhöhung der Mittel. Um den (Off)Kulturvereinen die notwendige Anerkennung zukommen zu lassen, beantragten wir zudem im städtischen Kulturausschuss die Einrichtung eines jährlichen Förderpreises in Höhe von 10.000 Euro. Leider wurde der Antrag von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Situation der (Off)Kulturvereine verbessert wird.

Ermäßigte Art:card mit Düsseldorfpass

Die Art:card ist eine durch das Kulturamt aufgelegte Jahreskarte für alle Kunstfreundinnen und -freunde, die zum freien Eintritt in die verschiedenen Düsseldorfer Museen sowie als Eintrittskarte für die Nacht der Museen berechtigt. Die zahlreichen Kunstmuseen, Ausstellungshäuser, Archive, Galerien und Off-Räume können demnach mit dieser Karte kostenfrei besucht werden.

Die Art:card kostet regulär 80 Euro. Vergünstigungen für verschiedene Personengruppen werden angeboten, Studentinnen und Studenten erhalten diese beispielsweise zum halben Preis.

Für Inhaberinnen und Inhaber des Düsseldorfpasses gibt es allerdings keine vergünstigte Art:card. Die von Armut betroffenen Menschen bekommen somit nicht die Möglichkeit, die Düsseldorfer Museen mit der Karte kostenlos zu besuchen. DIE LINKE fordert die Einführung einer Ermäßigung für Inhaberinnen und Inhaber des Düsseldorfpasses und setzt das Thema auf die Tagesordnung des Kulturausschusses.



Ferienwohnungen verdrängen Wohnraum

Foto: (CCO 1.0) wikipedia/Grid Engine

VHS-Kurse günstiger anbieten

Die Volkshochschule Düsseldorf steht „für ein vielfältiges Bildungsangebot, für verlässliche Qualität, Offenheit für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für bezahlbare und sozial gestaltete Preise“, so heißt es auf der Internetseite der Stadt. Mittlerweile können sich viele Menschen diese Preise jedoch nicht mehr leisten, insbesondere weil in den vergangenen Jahren zahlreiche Gebührenerhöhungen erfolgten.

Alleine für das Jahr 2018 ist geplant, dass die Stadt knapp vier Millionen Euro aus Entgelten von VHS-Kursen einnehmen wird. Das Recht auf Bildung kann von vielen Menschen aufgrund finanzieller Hürden nicht mehr wahrgenommen werden.

Sowohl für die persönliche, als auch für die berufliche Entwicklung ist es jedoch notwendig, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, sich weiterzubilden. Eine deutliche Senkung der Gebühren ist dringend erforderlich. DIE LINKE beantragte daher im Schulausschuss, die Gebührenerhöhungen der vergangenen Jahre zurückzunehmen und die Kurspreise um deutlich über zehn Prozent zu senken. Der Antrag wurde leider abgelehnt.

Klima soll nichts kosten

Mit allen Mitteln sparen, das ist die Vorgabe der Ampelkoalition in Düsseldorf. Wie macht man das aber bei dringend notwendigen Maßnahmen gegen den Klimawandel, wenn man den nicht wegreden möchte? Die Ratsmehrheit aus SPD, FDP und Grünen bekräftigte einfach in einem gemeinsamen Antrag im Umweltausschuss ihre Absicht, für den Klimaschutz in der Zukunft jährlich 2,3 Mio. Euro ausgeben zu wollen – 2018 gebe es jedoch keinen Bedarf! Die Ampel drückt also beim Klimaschutz die Pausentaste. Als kostenneutrales Placebo kommt dafür u.a. eine „Ausweitung der Energieberatung für einkommensschwache Haushalte“. Nur leider können sich ärmere Haushalte keine neue, energiesparende Waschmaschine leisten. DIE LINKE beantragte dagegen Solaranlagen auf Gebäuden der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft zu installieren. Das wäre ein wirksamer Klimaschutz und eine direkte Energieersparnis auch für ärmere Haushalte. Die Ampel lehnte ab.

100 Jahre November-Revolution

LINKE stellt Antrag für ein Gedenkprogramm

DIE LINKE stellt in der Januarsitzung des Kulturausschusses einen Antrag für die Durchführung eines Veranstaltungsprogramms zum 100-jährigen Jubiläum der Novemberrevolution in Düsseldorf.

Revolutionäre Umbrüche sind vor allem aus Berlin und München bekannt. Aber auch in Düsseldorf, wie in vielen anderen Städten, kam es zum Ende des ersten Weltkrieges und bei dem Zusammenbruch der Monarchie zu revolutionären gesellschaftlichen Veränderungen. Schon vorher litten immer mehr Menschen unter den Folgen des von Deutschland angezettelten Krieges. So kam es auch in Düsseldorf zu Hungerunruhen. Die Wohnungsnot, besonders in den Arbeitersiedlungen, nahm dramatische Ausmaße an. Streiks waren an der Tagesordnung. In diesem Umfeld der Unzufriedenheit kamen am Abend des 8. November 1918 Soldaten aus Köln am Hauptbahnhof an. Sie zogen zur Königsallee und weiter zum Rathaus. Es wurde der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat gebildet.

Der damalige Bürgermeister Oehler und Polizeipräsident Lehr wollten den Aufstand blutig niederschlagen. Da die Untergebenen sich jedoch entweder passiv verhielten oder zu den Revolutionären überliefen, mussten sie diesen Plan aufgeben. Fortan versuchte vor allem Lehr, die alliierten englischen und belgischen Truppen, die vor Düsseldorf standen, zu überzeugen, den Aufstand

niederzuschlagen. Auch dieser Plan scheiterte und Lehr musste fliehen, versuchte aber weiterhin die revolutionären Umtriebe zu bekämpfen.

In der Folge versuchte die Stadtbürokratie den Arbeiter- und Soldatenrat zu behindern und zu boykottieren. Im Januar 1919 kam es zu Auseinandersetzungen

Im April 1919 kam es zu massiven Streiks in Düsseldorf. In Oberbilk setzte das „Freikorps Lichtschlag“ Artillerie und Minenwerfer ein und ermordete 39 Arbeiter.

Die Zeit der Novemberrevolution hatte viele Auswirkungen in Düsseldorf. Sei es in Kunst und Kultur, sei es im



Nach den Kämpfen am Oberbilk Markt, 14.04.1919

Foto: © Stadtarchiv/Sammlung Söhn

lungen in der Stadt, in deren Folge die KommunistInnen (damals noch Spartakisten genannt) die wichtigsten Ämter übernahmen. Es folgte am 28. Februar 1919 der erste Einmarsch des berüchtigten „Freikorps Lichtschlag“, welches äußerst brutal vorging. Es kam zu keinen nennenswerten Widerstand, dennoch wurden viele Menschen verhaftet und zuerst im Ständehaus (das heutige K21-Museum) interniert.

politischen Leben. Davon ist kaum etwas übrig geblieben. Vieles aus der Zeit der Novemberrevolution in Düsseldorf ist einfach nicht gut erforscht. Insbesondere eine linke Sicht der Geschichte fehlt und müsste dringend nachgeholt werden. DIE LINKE hofft, mit dem Antrag das Gedenken an die Novemberrevolution aus der Vergessenheit zu holen und erwartet ein spannendes und kontroverses Programm.

Sparen für den Personalausweis

Hartz IV-Beziehende sollen zehn Jahre für Ausweis sparen

Laut Personalausweisgesetz ist man in Deutschland verpflichtet, einen gültigen Ausweis zu besitzen. Auf Verlangen einer zuständigen Behörde muss ein Ausweis vorgelegt werden. Zudem ist ein gültiger Ausweis zur Feststellung der Identität obligatorisch, beispielsweise zur Beantragung von Leistungen im Jobcenter.

Nach Ansicht der Düsseldorfer LIN-

KEN ist es daher notwendig, Personalausweise kostenfrei auszugeben – zumindest für alle Anspruchsberechtigten des Düsseldorfspasses (z.B. Hartz IV-Beziehende oder Menschen mit geringem Einkommen).

Dies war bis vor einigen Jahren in Düsseldorf auch gängige Praxis. Durch einen Runderlass des NRW-Ministeriums für Inneres und Kommunales wurde dieses Verfahren allerdings gestoppt. Die Gebührenbefreiung für Personalausweise ist in Düsseldorf seitdem aus dem Vergünstigungskatalog des Düsseldorfspasses verschwunden.

Die Begründung für den Runderlass war geradezu absurd: Im Hartz IV-Regelsatz ist der Personalausweis mit 0,25 Euro

monatlich enthalten. 28,80 Euro kostet ein Personalausweis. Die Betroffenen sollen also 115 Monate – rund zehn Jahre – Geld ins Sparschwein stecken, damit sie einen neuen Ausweis bezahlen können.

Der Hartz IV-Regelsatz ist generell zu niedrig, um die Kosten des täglichen Bedarfs zu decken. Die Annahme, Betroffene könnten Teile davon ansparen, geht an der Realität vorbei. Zudem benötigen viele Menschen einen neuen Personalausweis bereits vor Ablauf der zehn Jahre. Somit fehlen den Betroffenen dann knapp dreißig Euro in einem Monat.

DIE LINKE thematisierte diese Problematik bereits mehrfach im Düsseldorfer Sozialausschuss. In der letzten Sitzung des Ausschusses beantragte die Ratsfraktion nun, den Personalausweis zukünftig an alle Düsseldorfspass-Berechtigten wieder kostenfrei auszugeben. Der Antrag wurde von SPD, FDP, Grünen und CDU abgelehnt.



Hoffentlich bezieht Frau Mustermann kein Hartz IV

Die Ampel liebt das Rad nicht mehr

DIE LINKE kritisiert Stillstand beim Ausbau der Radwegenetze

Medienwirksam radelte Thomas Geisel 2014 durch seinen Wahlkampf um das Oberbürgermeister-Amt. Passionierte RadfahrerInnen mögen damals gehofft haben, dass Geisel und eine neue Ratsmehrheit endlich für eine Gleichrangigkeit des Radverkehrs in Düsseldorf sorgen würden. Danach sah es zunächst aus: Die Ampelkoalition beschloss nach der Wahl die Umsetzung des „Radhauptnetzes“. Die Stadtverwaltung hatte in zweijähriger Arbeit dieses rund 300 Kilometer lange Radwegenetz geplant. Auch der „Radschnellweg Rhein“ sollte zusammen mit Nachbarstädten verwirklicht werden. Das war vor drei Jahren; inzwischen ist es um das Thema Radwege denkbar still im Rathaus geworden.

Bis auf wenige Kilometer Radweg an der Friedrichstraße hat die SPD/FDP/Grüne Stadtregierung nämlich bei der Umsetzung ihrer Pläne geschummelt: Neue Radwege gab es nur, wenn im Zuge anderer Baumaßnahmen Straßen ohnehin aufgerissen wurden. In der Folge endet z.B. an der Gladbacher Straße ein Radweg abrupt im Nichts, was für die RadfahrerInnen gefährlich ist.

Anja Vorspel, als Ratsmitglied für DIE LINKE für Verkehrspolitik zuständig,



Das Radwegenetz kommt nicht voran

Foto: (CC BY-NC 3.0) wikipedia/Homagni Batista

sagt dazu: „Die Stadt schiebt die Ausgaben für neue Radwege auf. Außerdem zweckentfremdet sie Mittel des Radwegbaus für die Fahrbahnerneuerung an der Karlstraße/Worringer Straße, die vor Jahren beschlossen wurde. Das ist eine Unverfrorenheit.“

Auch der „Radschnellweg Rhein“ kommt nicht voran. Dabei zeigt der bestehende „Radschnellweg Ruhr“, dass viele Pendler eine solche Städteverbindung nutzen würden.

DIE LINKE setzt sich für eine verkehrspolitische Wende ein. Anja Vorspel: „Um eine echte Alternative zum Auto zu sein, braucht der Radverkehr gleichberechtigte, geschützte Radstreifen. Nur so kann Radfahren in Düsseldorf ähnlich attraktiv werden wie in Chicago, Seattle, Paris, London, Kopenhagen oder Amsterdam. Die Ampel versäumt die Chance, mit einer Kampagne für das Rad die Verkehrs- und Abgasprobleme in der Innenstadt zu entschärfen.“

Karies wegen Personalmangel

Stadt spart an Zahngesundheit der Kinder

Seit langem fehlen in vielen Bereichen des Düsseldorfer Gesundheitsamtes Ärztinnen und Ärzte. Der Mangel macht sich aktuell insbesondere beim Zahnärztlichen Dienst bemerkbar. Dieser Bereich ist für die Verbesserung der Zahngesundheit von Kindern und Jugendlichen im gesamten Düsseldorfer Stadtgebiet verantwortlich.

Durch vorbeugende Reihenuntersuchungen in Kindertagesstätten und Schulen wird versucht, Kinder und Ju-

gendliche für das Thema Mundhygiene zu sensibilisieren und Zahnschäden, Fehlstellungen sowie Störungen des Gebisses frühzeitig zu erkennen. Das frühzeitige Erkennen von krankhaften Prozessen im Zahn-, Mund- und Kieferbereich ermöglicht eine rechtzeitige Überweisung in die zahnärztliche Praxis zur Behandlung und damit zur Beseitigung vorhandener Zahnschäden.

Bei der Durchführung dieser Kontrollen gibt es in Düsseldorf jedoch erheb-

liche Defizite. Im Jahr 2012 wurden noch rund 25.500 Kinder und Jugendliche bei Reihenuntersuchungen des Gesundheitsamtes überprüft, 2015 sank die Zahl bereits auf etwa 18.500. Im darauffolgenden Jahr wurden dann nur noch rund 12.000 Kinder und Jugendliche überprüft.

Ursache hierfür ist eine unzureichende Anzahl an Zahnärztinnen und Zahnärzten im Gesundheitsamt. In Düsseldorf sind aktuell nur noch zwei Stellen in diesem Bereich besetzt. Zum Vergleich: In Städten wie Essen und Dortmund, die ähnliche Einwohnerzahlen wie Düsseldorf aufweisen, liegt die Anzahl bei vier ZahnärztInnen.

DIE LINKE beantragte in der vergangenen Sitzung des Gesundheitsausschusses, vier Stellen im Düsseldorfer Gesundheitsamt für diese wichtige Aufgabe bereitzuhalten und somit zumindest das Niveau vergleichbarer Städte zu erreichen. Damit die Stellen schnell besetzt werden können, forderten wir die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel und die Zahlung angemessener Gehälter. Der Antrag wurde leider von CDU, SPD, FDP und Grünen abgelehnt, somit wird weiterhin auf Kosten der Gesundheit von Kindern gespart.



Gesunde Zähne in Gefahr

Foto: (CCO) pixabay/Pezibear

Düsseldorfer Frauenpreis

Erfolgreiche Gleichstellungspolitik auf kommunaler Ebene trägt dazu bei, dass neue Denkmuster und Handlungsformen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen entstehen können. Dazu gehört auch, Frauen und Frauenprojekte zu fördern, die sich mit der Situation der Frauen und ihren Lebensbedingungen auseinandersetzen. Ein dotierter Düsseldorfer Frauenpreis würde zu einer Anerkennung und Wertschätzung der Stadt Düsseldorf gegenüber den im Sinne der Gleichstellung arbeitenden Frauen und ihren Projekten führen. DIE LINKE brachte einen Antrag zur Einrichtung eines Frauenpreises in den städtischen Gleichstellungsausschuss. Der Entscheidungsprozess der anderen Ratsfraktionen ist noch nicht abgeschlossen, aktuell wird das Thema noch beraten. Wir hoffen, dass im kommenden Jahr ein Düsseldorfer Frauenpreis mit der erforderlichen Mehrheit auf den Weg gebracht wird. Über die weitere Entwicklung werden wir berichten. Dann hätte das Sprichwort „Gut Ding will Weile haben“ an Bedeutung dazu gewonnen.

Luftqualität ist Vertrauenssache

Zuletzt hatte Greenpeace mit einer Luftmessaktion vor Düsseldorfer Schulen darauf aufmerksam gemacht, dass die Luftverschmutzung in der Stadt akut gesundheitsgefährdend ist. Dass es so weit kommen konnte, dafür ist auch die mangelnde Überwachung der Luftwerte mitverantwortlich. Die wenigen Düsseldorfer Luftmessstationen haben zwar über Jahre alarmierende Werte aufgezeichnet – das Gesamtbild der städtischen Luftqualität wurde jedoch auf Grundlage von Verkehrszählungen und der manipulierten Abgaswerte der Autoindustrie per Software hochgerechnet. Diese Erfahrung zeigt, dass es für eine möglichst umfassende Messung tatsächlicher Luftbelastungswerte keinen Ersatz gibt. Darum hat DIE LINKE im Umweltausschuss die Einrichtung weiterer Messstationen beantragt, welche ein realistisches Bild der Belastungssituation der EinwohnerInnen geben. Die Ampelmehrheit möchte jedoch weiterhin auf Hochrechnung theoretischer Abgaswerte vertrauen und lehnte den Antrag ab.

Kürzungen beim Lärmschutz

Eine verkehrspolitische Wende ist in der autogerechten Stadt Düsseldorf nicht in Sicht. Dazu müsste die Reise mit Bus und Bahn durch Investitionen in Netzausbau und Taktung attraktiver werden. Einstweilen haben sich zur Bekämpfung der Auswirkungen des Autoverkehrs viele Initiativen gegen gesundheitsschädliche Lärmbelastung gebildet. Noch bis November hatte die Stadt die EinwohnerInnen dabei aufgerufen, Lärmbrennpunkte in Düsseldorf zu benennen, an denen Maßnahmen im Zuge eines Lärmschutzplans folgen. Dem Aufruf zur Bürgerbeteiligung waren rund 600 Menschen gefolgt, die insgesamt 29 Brennpunkte ausgemacht haben. Doch gerade bei diesen Maßnahmen hat der Stadtrat beschlossen, 170.000 Euro einzusparen. DIE LINKE Ratsfraktion beantragte die Rücknahme der Kürzungen. Zum Bedauern von Lärmschutzinitiativen wie der „Fleher Bürger-Interessengemeinschaft“ und „Wersten aktiv“ wurde der Antrag abgelehnt.

Ampel kürzt bei Flüchtlingsbetreuung

Die Anzahl der Flüchtlinge in Düsseldorf geht zurück. Zu Beginn des Jahres 2017 waren noch 7.708 Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften der Stadt untergebracht, im Oktober waren es nur noch 6.054. Auch dieses Jahr plant die Stadt mit weiter sinkenden Zahlen. Der Stadtrat hatte unter dem Eindruck steigender Flüchtlingszahlen einen Betreuungsschlüssel von einem Betreuer für 200 Flüchtlinge beschlossen. Für das Jahr 2017 wurde daher mit 45 geförderten Stellen in diesem Bereich geplant. Aufgrund der sinkenden Flüchtlingszahlen wurde für 2018 die soziale Betreuung deutlich auf 27,5 fest geförderte Stellen (sowie weitere 4,75 optionale Stellen) gekürzt. Ein Schlüssel von 1:200 ist jedoch viel zu hoch und vollkommen ungeeignet, um die Flüchtlinge qualifiziert zu betreuen und zu beraten. Die rückläufige Anzahl untergebrachter Flüchtlinge bot daher die Chance, den Betreuungsschlüssel zu verbessern. DIE LINKE beantragte im Stadtrat, dass alle Flüchtlingsbetreuer weiter beschäftigt bleiben, um endlich eine adäquate Betreuung zu gewährleisten. Die Ratsmehrheit lehnte den Antrag leider ab.

Mieter zahlen drauf

Die Stadt verkauft Grundstücke an Immobilienspekulanten

Die CDU und Elbers haben früher einen schamlosen Ausverkauf des Düsseldorfer Tafelsilbers betrieben. SPD, FDP und Grüne machen jetzt mit Geisel als Oberbürgermeister bruchlos so weiter: 71 Millionen Euro will die Stadt in diesem Jahr mit Grundstücksverkäufen erzielen. Das ist allerdings kein gutes Geschäft. Baugrundstücke können nur einmal veräußert werden und fehlen dann dauerhaft für den Bau bezahlbarer Wohnungen durch die Stadt.

Dabei ist der Mangel an günstigen Wohnungen das Hauptproblem der Landeshauptstadt. Grundstücksspekulanten haben sich Filetstücke Düsseldorfs gesichert und zu Reichen-Ghettos

entwickelt; zuletzt weihte OB Geisel das Andreas-Quartier ein, in dem man für 25 Euro pro Quadratmeter abgeschirmt vom einfachen Volk, aber trotzdem mitten in der Altstadt wohnen kann. „Wer nicht reich ist, muss raus“; mit diesem Spruch hatte das Düsseldorfer Bündnis für bezahlbaren Wohnraum schon vor Jahren diese Entwicklung des Düsseldorfer Wohnungsmarkts treffend karikiert. Mittlerweile sind es nicht nur Menschen mit geringem, sondern auch Menschen mit durchschnittlichem Einkommen, die zusehends Probleme haben, in Düsseldorf eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Die Spekulation mit Wohngrund-

stücken führt zwangsläufig zu unbezahlbaren Mieten. Ein Beispiel ist das Glasmacherviertel in Gerresheim. Die Patrizia Immobilien AG hat für das rund 200.000 Quadratmeter große Gelände laut Zeitungsberichten das Grundstück für mindestens 120 Millionen Euro verkauft. Damit sich solche Kaufsummen rechnen, müsste ein Wohnungsunternehmen als Vermieter Kaltmieten von 15 Euro und mehr verlangen – für eine Lage am Stadtrand.

Das „Handlungskonzept Wohnungsmarkt“ (HKW) der Stadt schreibt bei großen Wohnungsbauprojekten 40 Prozent „günstige“ Wohnungen vor. Dabei darf die Hälfte dieser „günstigen“ Wohnungen jedoch eine Kaltmiete von 9,60 Euro pro Quadratmeter kosten. Zu einer Entspannung am Mietwohnungsmarkt trägt das HKW nicht wirklich bei. Es ist darum dringend nötig, dass die Stadt in den Wohnungsmarkt eingreift, indem sie auf eigenen Grundstücken mit der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft (SWD) bezahlbaren Wohnraum schafft. DIE LINKE Ratsfraktion beantragte darum, dass die Stadt Düsseldorf keine Grundstücke mehr verkauft, sondern geeignete Grundstücke ankauft und der SWD für den Bau bezahlbarer Wohnungen zur Verfügung stellt. Wohnen ist ein Menschenrecht, das die Stadt für alle ihre Bewohnerinnen und Bewohner gewährleisten muss.



Miete muss bezahlbar sein

Foto: (CC BY 2.0) flickr/aufbruch.kampagne

Es reicht

Die Belastungen der städtischen Angestellten nimmt kein Ende

Die Arbeitsbedingungen der städtischen Beschäftigten sind weiterhin nicht zufriedenstellend. Fast jede siebte Stelle ist unbesetzt. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Beschäftigten, sondern auch auf den städtischen Service. Immer wieder lange Wartezeiten bei Behördengängen führen zu berechtigtem Unmut bei den DüsseldorferInnen oder wie es so schön Neudeutsch heißt: bei den Kunden.

DIE LINKE beantragt seit Jahren, in Anlehnung an die Forderung des Personalrates, dass der Stellenplan ausfinanziert wird. D.h. dass genügend Geld bereit gestellt wird um alle freien Stellen sofort wieder zu besetzen. Aber einmütig, ob CDU/FDP oder Ampel, lehnt die Ratsmehrheit den Antrag immer wieder ab.

Immerhin gibt es Verbesserungen. Die Anzahl der Planstellen wurde endlich erhöht. Dennoch waren zum Stichtag 30. Juni 2017 insgesamt 1.381 Stellen, das entspricht fast 14 % der Planstellen, nicht besetzt. Zum Vergleich: 2012 waren „nur“ 624 Stellen nicht besetzt. Mit dem Nicht-Besetzen

von Arbeitsstellen wird Geld gespart um die Schulden der Stadt nicht aus dem Ruder laufen zu lassen. Leidtragende sind die Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Beschäftigten, denn die vorliegende Arbeit muss dennoch gestemmt werden.

Es ist zu hoffen, dass sich zukünftig die Situation bessert. Denn mittlerweile dürfen zumindest einige Ämter freierwerdende Stellen wieder sofort besetzen. Der ehemalige OB Erwin setzte damals durch, dass freierwerdende Stellen mindestens zwölf Monate nicht besetzt werden durften.

Die Folge dieser Personalpolitik ist ein hoher Krankenstand von sieben bis acht Prozent und ein wachsender Überstundenberg. In einer Anfrage der LINKEN verweigerte die Verwaltung eine Aufschlüsselung der Überstundenanzahl nach einzelnen Jahren und besonders nach einzelnen Ämtern. Die Verwaltung antwortete lediglich, dass die Anzahl der Überstunden in den Jahren 2014 bis 2016 durchschnittlich bei 326.000 bezahlten Überstunden im Jahr lag. Das sind pro städtischem Angestellten

im Durchschnitt 32,6 Überstunden pro Jahr. Was in der Antwort ganz fehlt sind die durch Freizeit ausgeglichenen Überstunden. Dazu konnte bzw. wollte die Verwaltung keine Angaben machen. Dass diese Anzahl beträchtlich sein dürfte, zeigen die Zahlen für das erste Halbjahr 2017. Es wurden 155.000 Stunden ausbezahlt und weitere 119.000 Stunden lagen in Zeitkonten, d.h. sie waren zu diesem Zeitpunkt weder ausbezahlt noch durch Freizeit ausgeglichen. Das sind für die ersten sechs Monate schon 274.000 Überstunden.

In einem Antrag forderte DIE LINKE die Einrichtung mindestens einer weiteren Stelle für das Versicherungsamt. Dort haben alle EinwohnerInnen, PendlerInnen und Beschäftigten der Verwaltung die Möglichkeit, sich in Sachen der Renten-, Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung beraten zu lassen. Da diese unabhängigen Beratungen immer wichtiger und nötiger werden, ist ein Ausbau dieses Pflichtservices dringend geboten. Doch das interessierte die anderen Fraktionen nicht. Der Antrag wurde abgelehnt.

Mörderische Geschäfte

Der Rat lehnt eine Verurteilung von Rheinmetalls blutigen Aktivitäten ab

Die Verbrechen des türkischen Staates unter Erdoğan sind weithin bekannt. Seit dem Putsch im Juli 2016 wurden über 230 Journalistinnen und Journalisten festgenommen, davon sitzen immer noch über 130 im Gefängnis. Die türkische Armee führt zusammen mit paramilitärischen Gruppen einen Krieg in Kurdistan. Ganze Städte werden dort zerstört. Jede kritische Äußerung zu dem Vorgehen von Polizei und Militär oder über die Aktivitäten der Regierung und Erdoğan kann zu einem Verfahren wegen Unterstützung von Terrorismus führen. Die Spitze der linken Partei HDP, die immerhin zwischen 12 und 15 % der Stimmen bei den letzten Wahlen bekommen hat, sitzt im Gefängnis. Es gibt nur noch einzelne unabhängige Zeitungen und Zeitschriften, die ständig von Schließung bedroht sind.

Dessen ungeachtet hält die deutsche Regierung weiter an ihrem Schmusekurs mit Erdoğan fest. Die wirtschaftlichen und politischen Interessen sind dann doch wichtiger als Freiheit und Menschenrechte. Aufgrund des öffentlichen Drucks dürfen momentan immerhin keine Panzer an die Türkei geliefert



Dem ist nichts hinzuzufügen

Foto: (CC BY-NC 2.0) flickr/ Jakob Huber/Campact

werden. Deshalb kam das Düsseldorfer Rüstungsunternehmen Rheinmetall auf die Idee, eine komplette Panzerfabrik direkt in der Türkei zu bauen. Mit diesem Trick wollte das Unternehmen die eigentlich benötigten Ausfuhrgenehmigungen für Panzer umgehen. Nachdem die Pläne bekannt wurden, legte Rheinmetall diese nur widerwillig und nur vorübergehend auf Eis. Es sind mörderische Geschäfte wie diese, die weltweit Kriege fördern und damit ein Grund für Fluchtursachen sind.

DIE LINKE beantragte im Düssel-

dorfer Stadtrat, dass der Rat den geplanten Bau der Panzerfabrik in der Türkei durch Rheinmetall verurteilt. Der Düsseldorfer Konzern sollte zudem aufgefordert werden, die entsprechenden Planungen einzustellen. Weiterhin sollte die Bundesregierung aufgefordert werden, Waffenlieferungen an die Türkei zu stoppen. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt, aber immerhin haben neben der LINKEN auch die Grünen sowie einzelne Abgeordnete der SPD zugestimmt und Einzelne der FDP haben sich enthalten.

„Ich brauch da mal ein Gutachten“

Wie der Rat mit bestellten Gutachten manipuliert wird

Gutachten sind teuer. Aber sie erfüllen einen Zweck. Im Falle der Stadt Düsseldorf sollen sie offenbar nur die eigene, nicht überzeugende Argumentation durch den Anschein der Sachverständigkeit des Gutachtens untermauern.

Dies wird an einigen Beispielen der Vergangenheit deutlich. Als die Bezirksvertretung 8 über den Abriss der Waldschänke in der Siedlung Freiheit beriet, lag ein Gutachten vor. In diesem Gutachten wurde auf über 90 Seiten „nachgewiesen“, dass die Sanierung des

Gebäudes über 300.000 Euro teurer würde als der Neubau freifinanzierter Wohnungen durch einen Aachener Wohnungskonzern. Das Gutachten ging von einem Quadratmeterpreis bei einem Neubau von 1.273 Euro aus, obwohl mindestens 2.500 Euro realistisch sind.

Ähnlich manipuliert wurde mit dem Gutachten zum Grand Départ. Die Gutachter kalkulierten eine zusätzliche Einnahme durch die Gewerbesteuer von 1,9 Mio. Euro. Begründet wurde dies mit einem Umsatzplus von 57 Mio.

beim Hotel- und Gaststättengewerbe und einer Gewinnmarge von 23 %. In der anschließenden Finanzplanung wurde dieser Betrag sogar auf 2,28 Mio. erhöht. Auf Protest der LINKEN wurde dieser Posten schließlich aus der Finanzplanung gestrichen. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt der Grand Départ bereits beschlossen. Das Umsatzplus betrug schließlich nicht 57, sondern nur 6,5 Mio. Euro. Düsseldorfer Firmen sponserten den Grand Départ mit ca. sechs Mio. Euro. Diese sind steuerlich absetzbar und führen zu weiteren Einnahmeverlusten bei der Gewerbesteuer. So muss mit einem Gewerbesteuerverlust von ca. 1 Mio. statt mit einem Plus von 1,9 Mio. Euro gerechnet werden.

Weitere Beispiele sind u. a. das Verkehrsgutachten zum Ausbau des Reisholzer Hafens, das inzwischen nicht mehr haltbar ist, aber den Interessen der Befürworter entspricht und das Gutachten zur „Gefälligkeitsrente“ des Ex-OB Elbers. Es bestätigte, dass die Verwaltung eines Schlosses eine anrechenbare Vorbereitungszeit auf ein OB-Amt sei.

DIE LINKE sagt: Der Rat braucht keine Gefälligkeitsgutachten, sondern den eigenen Sachverstand, um Entscheidungen im Interesse der DüsseldorferInnen zu treffen.



Geisel gauckelt uns eine schöne Welt vor

Foto: (CC BY-SA 2.0) wikipedia/William Murphy

Sozialticket ist zu teuer

Im vergangenen Jahr wurde der Preis für das Sozialticket auf stolze 37,80 Euro erhöht. Dies hat zur Folge, dass Hartz-IV-Beziehende mittlerweile alleine für Mobilität in Düsseldorf rund zehn Prozent ihres gesamten Einkommens aufbringen müssen.

In Düsseldorf sind über 90.000 Personen zum Erwerb des Sozialtickets berechtigt. Tatsächlich wurden aufgrund des hohen Preises allerdings nur 16.000 Tickets verkauft. Dennoch macht die Rheinbahn mit dem Ticket Gewinn: Durch den Verkauf werden jährlich rund 11 Mio. Euro eingenommen, hinzukommen noch Zuschüsse vom Land.

Die neue Landesregierung aus CDU und FDP hatte Ende vergangenen Jahres vor, das Sozialticket komplett einzustellen. Die Ampelkooperation aus SPD/FDP/Grüne beantragte daraufhin im Düsseldorfer Stadtrat, dass die Landesregierung aufgefordert wird, das aktuelle Sozialticket zu erhalten. DIE LINKE unterstützte dies, beantragte jedoch darüber hinaus, dass das Ticket deutlich günstiger angeboten wird. Das lehnte die Ratsmehrheit leider ab. Damit das Sozialticket seiner Bezeichnung auch gerecht werden kann, wird DIE LINKE diese Forderung aufrechterhalten. Nur so kann das Recht auf Mobilität auch für Menschen mit geringem Einkommen gewährleistet werden.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Meikel Friebe, Anastasia Kordela, Michael Driever, Christian Jäger, Ben Klar, Marius Ducke

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de
https://www.facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

30.000

33.446 Arbeitslose in Düsseldorf = 9,9%

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im November 2017 bei 23.392 (offizielle Arbeitslosenquote 7,1 %). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 33.446 um 10.054 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl. Dort wird ebenfalls aufgeführt, dass lediglich 7.080 freie Arbeitsstellen im November gemeldet waren. In dieser Zahl sind auch Stellen enthalten, die nicht sozialversicherungspflichtig und keine Vollzeitstellen sind. Die genauen Zahlen finden Sie auf unserer Webseite:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

Tabuthema Genitalverstümmelung

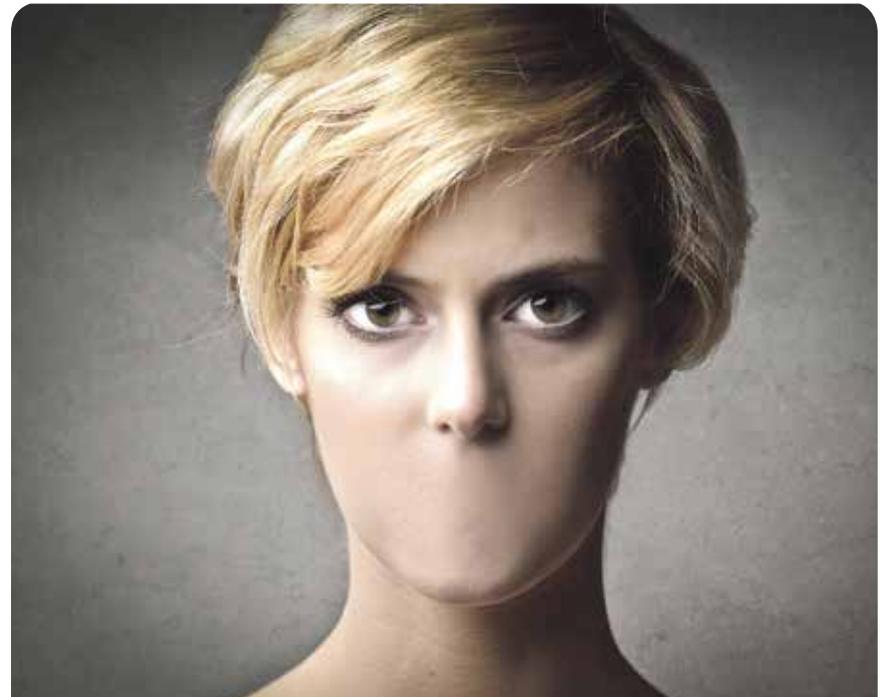
Beratungsangebote und Aufklärungsarbeit sind ausbaubedürftig

Die Tatsache, dass auch in Düsseldorf Frauen und Mädchen von Genitalverstümmelung betroffen sind, ist vielen nicht bekannt. Dabei handelt es sich bei weiblicher Genitalverstümmelung um eine massive Menschenrechtsverletzung, bei der eine Entfernung oder sonstige Verletzung der äußeren weiblichen Geschlechtsorgane aus nicht medizinischen Gründen durchgeführt wird.

Dennoch wird in über 30 Ländern weltweit dieser Ritus noch immer ausgeübt, so dass immer noch viele Mädchen und junge Frauen von dieser Menschenrechtsverletzung, auch Female Genital Mutilation/Cutting genannt, betroffen sind. Dem Kinderhilfswerk UNICEF zufolge sind global mehr als 200 Millionen Mädchen und Frauen von Genitalverstümmelungen betroffen. Das Alter der Mädchen und Frauen variiert stark. Die meisten sind zwischen sechs und dreizehn Jahre alt, jedoch werden selbst Säuglinge solchen Eingriffen unterzogen. Die Opfer leiden an einer Reihe von gesundheitlichen und psychischen Folgen.

DIE LINKE Ratsfraktion thematisierte die Genitalverstümmelung im Düsseldorfer Gleichstellungsausschuss. Nach einer aktuellen Studie von INTEGRA, dem deutschen Netzwerk gegen weibliche Genitalverstümmelung, ist die Zahl der betroffenen Frauen und gefährdeten Mädchen in Deutschland von Ende 2014 bis Mitte 2016 um fast 30 Prozent gestiegen. Im städtischen Gleichstellungsausschuss wurde deutlich, dass davon auszugehen ist, dass die Zahl der Betroffenen auch in Düsseldorf zugenommen hat.

Leider gibt es kein gesondertes städtisches Hilfsangebot für die betroffenen Mädchen und Frauen. In Düsseldorf werden betroffene Mädchen und Frauen vor allem durch den Verein „stop mu-



Genitalverstümmelung ist ein Verbrechen

Foto: © Can Stock Photo/oly

tilation e.V.“ mit seinem umfangreichen und qualifizierten Angebot beraten. Seit 2005 begleitet und berät der Verein betroffene Frauen und Mädchen bei gesundheitlichen, kulturellen und rechtlichen Problemen.

Schwerpunkt der Beratungsarbeit ist die Einzelberatung für betroffene Frauen und Mädchen. Einmal im Monat bietet der Verein eine medizinische Sprechstunde mit einem Gynäkologen an. Ein weiteres Angebot sind Gesprächsgruppen, in denen ein Austausch zum Thema Genitalverstümmelung stattfindet. Zum Schutz bedrohter Mädchen werden Hausbesuche durchgeführt und Familien intensiv begleitet.

Neben der Arbeit der Beratungsstelle leistet „stop mutilation e.V.“ in Düsseldorf Aufklärung in Form von Vorträgen, Schulbesuchen und der Veranstaltung von Fachtagungen für bestimmte Be-

rufungsgruppen. Aufgrund der Einzigartigkeit dieser Einrichtung und der gestiegenen Zahl an Betroffenen ist der Beratungsbedarf sehr hoch – allein im Jahr 2016 wurden 1.048 Beratungen durchgeführt. In der Sitzung des städtischen Gleichstellungsausschusses gab der Verein bekannt, dass ein Ausbau der Beratung aufgrund der steigenden Nachfrage dringend erforderlich ist. Der Verein würde gerne mehr Beratungen anbieten, dafür werden jedoch weitere Räume benötigt. Von den drei Beraterinnen und zwei Beratern des Vereins kann aufgrund fehlender Räumlichkeiten aktuell immer nur jeweils eine Beraterin oder ein Berater arbeiten. Zudem möchte der Verein das Angebot der medizinischen Sprechstunde erweitern. DIE LINKE Ratsfraktion wird sich für eine Verbesserung dieser Bedingungen einsetzen.

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen müssen das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein